

**Vereinbarung
nach § 76 Abs. 1 SGB VIII**

zwischen dem

**Bezirksamt Hamburg Altona
Fachamt Jugend- und Familienhilfe**

und dem Träger

**Pestalozzi Stiftung Hamburg
Brennerstrasse 76
20099 Hamburg**

§ 1 Vereinbarungsgegenstand

Die Jugendämter können die ihnen obliegende Mitwirkung in Verfahren vor dem Familiengericht auf anerkannte Träger der freien Jugendhilfe (im Folgenden: Freie Träger) übertragen (§ 50 SGB VIII in Verbindung mit § 162 FamFG, § 76 Abs. 1 SGB VIII). Übertragbar im Rahmen dieser Richtlinie ist die Mitwirkung in strittigen Kindschaftssachen, die gemäß § 151 Nr. 1 und 2 FamFG die elterliche Sorge und das Umgangs- und Auskunftsrecht betreffen.

Für die Erfüllung der Aufgaben bleiben die Jugendämter verantwortlich (§ 76 Abs. 2 SGB VIII). Dies betrifft auch die Durchführung der Begleiteten Umgänge in Verbindung mit den §§ 1684 Abs. 1 BGB, 1685 Abs. 1 und Abs. 2 BGB, 1686a Abs. 1 Nr. 1 BGB sowie § 18 Abs. 3, SGB VIII.

§ 2 Leistungserbringung

1. Verfahren in strittigen Sorgerechts- und Umgangsfällen

Der Freie Träger übernimmt alle vom Jugendamt zugewiesenen Fälle einschließlich der Gerichtsvertretung.

Der Freie wird tätig, wenn im familiengerichtlichen Verfahren

a) in strittigen Sorgerechtsfällen Anträge auf

Übertragung der Alleinsorge nach § 1671 BGB oder

Übertragung der gemeinsamen elterlichen Sorge nach § 1626a BGB

oder

b) in strittigen Umgangsfällen Anträge auf Regelungen zum

Umgang des Kindes mit den Eltern nach § 1684 Abs. 1 BGB,

Umgangsrecht anderer Bezugspersonen nach § 1685 BGB oder

Umgangsrecht des leiblichen, nicht rechtlichen Vaters nach § 1686a BGB

gestellt werden.

2. Durchführung von Begleiteten Umgängen

Der Freie Träger übernimmt alle vom Jugendamt zugewiesenen Fälle einschließlich der Gerichtsvertretung. Das Wunsch- und Wahlrecht der Anspruchsberechtigten nach § 5 SGB VIII ist dabei vor Zuweisung an den Träger zu berücksichtigen.

§ 3 Leistungen des Trägers

Der Träger verpflichtet sich, alle während der Vertragslaufzeit in 1 benannten Fallkonstellationen fachlich verantwortlich und zeitnah im Sinne der Leistungsvereinbarung zu bearbeiten.

Der Träger beschäftigt zur Wahrnehmung der übertragenen Aufgaben nur festangestellte und fachlich qualifizierte Dipl. Sozialpädagogen oder Dipl. Psychologen, die eine persönliche Eignung i.S. des § 72 SGB VIII besitzen und überwiegend die Aufgaben im Sinne der Vereinbarung wahrnehmen.

§ 4 Gesamtverantwortung

Gem. § 76 Abs. 2 SGB VIII bleibt das Bezirksamt Hamburg Altona/ Jugendamt/ als Träger der öffentlichen Jugendhilfe weiter für die Erfüllung der mit diesem Vertrag übertragenen Aufgabe verantwortlich.

Zur Sicherstellung dieser fortbestehenden Verantwortung für die Erfüllung der zur Ausführung übertragenen Aufgabe erstellt der Träger bis zum 31.03. eines jeden Jahres einen Bericht über die im Vorjahr geleistete Arbeit. Näheres über das Berichtswesen wird in der Leistungsvereinbarung bestimmt.

Das Bezirksamt Hamburg Altona/ Jugendamt / kann in Wahrnehmung seiner Gesamtverantwortung bei Beschwerden von Prozessbeteiligten oder des Familiengerichts über das Handeln des Trägers Einsichtnahme in die beim Träger geführte Fallakte nehmen und ggf. Abhilfe erlangen. In Konflikten, die in der Fallarbeit auftauchen, wird die nächstfolgende Hierarchie des Jugendamtes eingeschaltet.

§ 5 Jährlicher Austausch

Zur fachlichen und konzeptionellen Weiterentwicklung der übertragenen Aufgabe tauschen sich das Jugendamt und der Träger jährlich aus.

§ 6 Finanzierung

Grundlage der Finanzierung ist eine jährliche Zuwendung mittels eines Zuwendungsbescheids. Die Finanzierung erfolgt auf der Grundlage einer Fallpauschale je Fall und der vom Jugendamt festzulegenden Gesamtfälle. Die Fallpauschale wird von der Sozialbehörde jährlich neu festgelegt. Es besteht daher kein Anspruch auf eine bestimmte Zuwendungshöhe.

§ 7 Datenschutzklausel

Der Träger verpflichtet sich bei der Durchführung der Aufgaben alle datenschutzrechtlichen Bestimmungen des SGB und des Bundesdatenschutzgesetzes (DSGVO) zu beachten und anzuwenden.

§ 8 Verpflichtungserklärung

Der Träger erklärt mit seiner Unterschrift,

1. dass er und seine Mitarbeiter nicht nach der Technologie von L. Ron Hubbard arbeiten,
2. dass weder er noch seine Mitarbeiter nach der Technologie von L. Ron Hubbard geschult werden bzw. keine Kurse und/oder Seminare nach der Technologie von L. Ron Hubbard besuchen und
3. dass er die Technologie von L. Ron Hubbard zur Führung und/oder zur Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen ablehnt.

§ 9 Geltungsdauer und ordentliche Kündigung

Die Vereinbarung unterliegt der Jährlichkeit des Haushaltes sowie den Vorgaben von Senat und Bürgerschaft zum jeweiligen Haushalt.

Die Vereinbarung verlängert sich automatisch mit der jährlichen Antragstellung der Zuwendung und der Abrechnung des laufenden Haushaltsjahres um ein Jahr, wenn weder der Träger noch das Jugendamt zum 2. Halbjahr des laufenden HJ schriftlich kündigen.

§ 10 Fristlose Kündigung

Die Vereinbarung kann fristlos gekündigt werden, wenn eine der Parteien ihre Pflichten aus dieser Vereinbarung grob fahrlässig oder vorsätzlich verletzt oder der Leistungsvereinbarung trotz schriftlichen Hinweises auf die bestehenden Verpflichtungen nicht nachkommt. Die Kündigung hat schriftlich zu erfolgen. Darüber hinaus kann die Vereinbarung vom Bezirksamt Altona fristlos gekündigt werden, wenn es sich aus hauswirtschaftlichen Gründen dazu gezwungen sieht, weil keine dem Zweckentsprechenden Haushaltsmittel zu Verfügung stehen oder die Mitarbeiter des Trägers sich im Zusammenhang der Ausführung der übertragenen Aufgabe einer Straftat nach §§ 133, 201, 203, 204, 331-335, 353b Strafgesetzbuch (StGB) schuldig machen.


§ 11 Salvatorische Klausel


Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der schriftlichen Form. Mündliche Vereinbarungen sind für beide Parteien nicht bindend. Sollte eine der Bestimmungen dieser Vereinbarung rechtsunwirksam sein, so wird sie durch die gesetzliche Vorschrift, oder wenn eine solche Vorschrift nicht vorhanden ist, durch eine solche Regelung, die die Partner der Vereinbarung nach Treu und Glauben zulässigerweise getroffen hätten, wenn sie von der Nichtigkeit Kenntnis gehabt hätten, ersetzt. Die Wirksamkeit über die übrigen Bestimmungen wird dann hiervon nicht berührt.

Inkrafttreten

Diese Vereinbarung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Hamburg, den 31.08.2021


Für das Jugendamt


Für den Träger